

Der Bund

Parlament wirft eigene Politik über den Haufen

Im Frühling wollte der Grosse Rat eine Strom-Förderabgabe – nun empfiehlt er dem Volk ein Nein.



Der Grosse Rat wirft die eigene Politik über den haufen. (Adrian Moser)

Der Grosse Rat ist bei den Wahlen im März nach rechts gerutscht – gestern nun manifestierte sich dies in der Energiepolitik: Das kantonale Parlament sprach sich deutlich für einen Volksvorschlag aus bürgerlichen Kreisen aus. Dieser zieht just dem Entwurf die letzten Zähne, mit dem der Rat in seiner alten Zusammensetzung Berns Energiezukunft hatte gestalten wollen. Kurz vor den Wahlen war beschlossen worden, eine Förderabgabe auf Strom einzuführen. Während 15 Jahren sollten Haushalte und Unternehmen höchstens einen Rappen pro Kilowattstunde verbrauchtem Strom für Gebäudesanierungen bezahlen – bis zu einem Verbrauch von 100 000 Kilowattstunden. Haushalte würden im Durchschnitt 35 bis 50 Franken pro Jahr berappen, Unternehmen nicht mehr als 1000 – und der Kanton könnte 20 bis 40 Millionen einnehmen.

WERBUNG

Sarah Nowotny 25.11.2010

Artikel zum Thema

Kommentar: Tiefpunkt in der kantonalen Energiedebatte

Nach den Wahlen hat der Grosse Rat eine Kehrtwende vollzogen: In der Energiepolitik empfiehlt er dem Volk ein Nein zu Ideen, die er erst im Frühling in seiner alten Zusammensetzung in ein Gesetz gegossen hatte. [Mehr...](#)

Von Sarah Nowotny 25.11.2010

Energieausweis für Gebäude: Volk soll entscheiden

Das Volk soll entscheiden, ob es im neuen bernischen Energiegesetz einen obligatorischen Energieausweis für Gebäude und eine Förderabgabe auf Strom verankern will. [Mehr...](#)

09.08.2010

Für Förderabgabe, gegen Zwang

Keine Sanierungspflicht für Gebäude, die viel Energie verpuffen lassen, dafür aber eine Förderabgabe auf Strom. [Mehr...](#)

Von 19.01.2010



inRead invented by Teads

Ausserdem wollte der Rat eine obligatorische Etikette für Wohnbauten, die vor 1990 bewilligt worden waren, einführen. Innerhalb von zehn Jahren hätten die Eigentümer den landesweit einheitlichen Gebäudeausweis (Geak), der Auskunft über die energetische Qualität ihrer Gebäude gibt, anschaffen müssen – für höchstens 800 Franken. Doch SVP, Handels- und Industrieverein sowie der Hauseigentümergeverband ergriffen gegen diese zentralen Punkte des Gesetzes das Referendum. Das letzte Wort wird das Volk wohl am 15. Mai 2011 haben.

Egger war zu Kompromiss bereit

Nehmen die Stimmbürger den Volksvorschlag an, steht zwar weiterhin im Energiegesetz, dass besser isolierte Häuser gefördert werden sollen – mit welchem Geld ist dann aber unklar. Die Ansichten im Rat klafften gestern nicht nur in dieser Frage weit auseinander. «Wir wollen keine neuen Steuern wie die Förderabgabe», sagte SVP-Fraktionschef Peter Brand. «Zudem wäre ein Alleingang Berns in dieser Sache fatal fürs Gewerbe.» Ohne Abgabe müssten die Beiträge an Sanierungen halt aus Steuergeldern kommen, sagte Erwin Burn (EDU). «Wir alle wissen, dass der Kanton kein Steuergeld für Sanierungen übrig hat», hielt Flavia Wasserfallen (SP) dagegen. «Das lokale Gewerbe profitiert von den Aufträgen, die wir mit der Abgabe auslösen», sagte Rita Haudenschild (Grüne). Ähnlich verliefen die Fronten beim Energieausweis für Gebäude. «Er verschwindet ja nicht mit der Annahme des Volksvorschlags – nur bleibt er halt freiwillig», sagte Brand. «Alles andere ist sinnlos, denn wer kein Geld für eine Sanierung hat, tut auch nach Aushändigung des Geak nichts.» Die Zeit der Freiwilligkeit sei vorbei, erwiderte Sabine Kronenberg von den Grünliberalen. Hausbesitzer und Mieter profitierten vom Ausweis, sagte SP-Grossrätin Nadine Masshardt. «Denn sie erfahren oft erst bei seiner Erstellung, wie sie am besten sanieren könnten – und schon dem Klima zuliebe müssen wir Gebäude besser isolieren.»

Energiedirektorin Barbara Egger-Jenzer (SP) rechnete vor, dass die Förderabgabe von einem Rappen pro Kilowattstunde Strom für die meisten kleineren Betriebe mit etwa zehn Angestellten nicht mehr als 500 Franken pro Jahr ausmachen würde, für viele sogar nur 300. «Dennoch habe ich beschlossen, sie zuerst sogar auf 0,5 Rappen zu beschränken. Nur wenn das Geld für die anstehenden Sanierungen dann nicht reicht, würden wir sie auf einen Rappen erhöhen.» Trotz dieses Votums sprachen sich 81 Grossräte für den Volksvorschlag aus, nur 63 waren dagegen.

Ein paar Mitglieder der FDP enthielten sich, gegen den bürgerlichen Vorschlag stimmte kein Freisinniger. Noch im Frühling hatten indes einige das umstrittene

Energiegesetz befürwortet. «Die FDP-Delegierten haben sich aber dagegen ausgesprochen, das müssen wir akzeptieren», erklärte Fraktionschef Adrian Kneubühler auf Anfrage. Mutlos habe die FDP deswegen nicht gehandelt – «mutlos wäre ein Ja zum Volksvorschlag statt einer Enthaltung gewesen». (Der Bund)

Erstellt: 25.11.2010, 07:40 Uhr